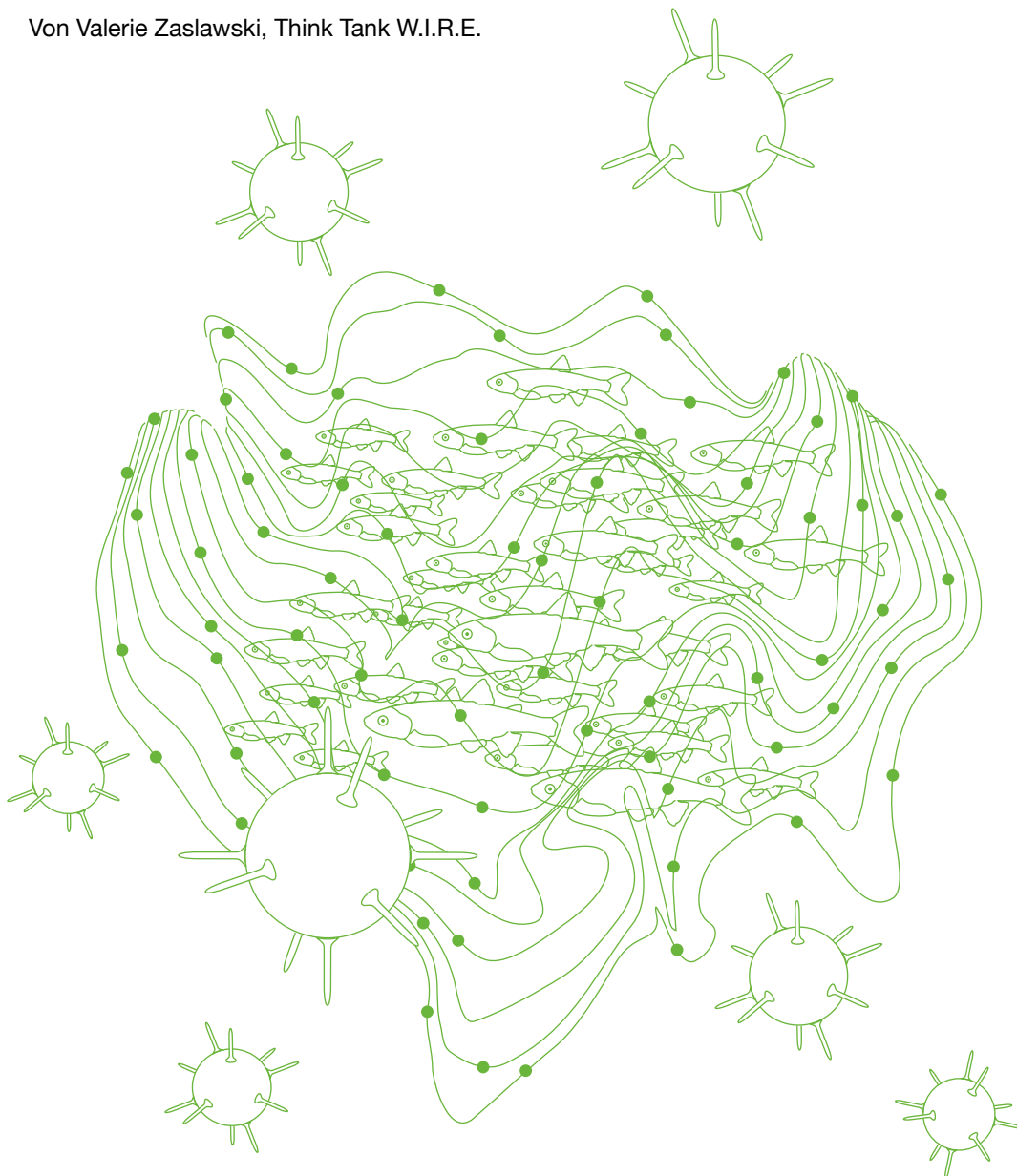


«Contact-Tracing ist nicht Instagram – das Individuum ist völlig uninteressant»

Interview mit **Dorothea Baur**

Von Valerie Zaslawski, Think Tank W.I.R.E.



Im Kampf gegen Covid-19 setzen die Schweiz und weitere Staaten auf digitales Contact-Tracing. Die Weitergabe eigener Daten sei angesichts der Pandemie eine Form der praktizierten Solidarität, sagt die Ethikerin Dorothea Baur. Unser Bewusstsein für den gesellschaftlichen, nicht-kommerziellen Wert von Daten schärfe sich.

Frau Baur, ist es ein Akt der Solidarität, seine individuellen Daten zu teilen, wie bei der SwissCovid-App des Bundes?

Ja. Bei der Pandemie geht es auch um Solidarität; die Corona-App ist eine von vielen Massnahmen, die es uns ermöglichen, Solidarität zu praktizieren. Sie ist Teil einer Solidaritätsinfrastruktur. Ich habe allerdings Mühe mit dem Begriff Teilen, denn dadurch wird suggeriert, dass andere Zugriff haben auf meine Daten. Beim digitalen Contact-Tracing geht es jedoch nicht um das Teilen meiner Daten mit ebenbürtigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, sondern um ein Anvertrauen meiner anonymisierten Daten an den Staat. Es geht um ein Datensammeln auf meinem Handy und um Weitergabe zugunsten der Allgemeinheit.

Sie wehren sich auch gegen den Begriff der Selbstüberwachung. Warum?

Es geht bei der Corona-App nicht um Selbstkontrolle. Ich sammle die Daten nicht mir zuliebe, wie beispielsweise bei der Überwachung meines Schlafes oder bei Fitbit, einem Gesundheits- und Fitnessstracker. Ich sammle meine Daten anderen zuliebe. Deshalb ist es auch irreführend, hier an die Eigenverantwortung zu appellieren, denn das ist nicht der Punkt. Es geht nicht um Verantwortung für mich, sondern um kollektive Verantwortung. Es geht nicht um die private, sondern um die öffentliche Gesundheit. Eine Pandemie kann nur mit Rücksicht auf andere bekämpft werden.

Wo sonst gibt es ein solches Datenteilen mit der Absicht, das Gesamtgefüge zu verbessern oder zu schützen?

Zum Beispiel gibt es eine Datenspende für medizinische Zwecke: Ich gebe meine Daten weiter, damit andere davon profitieren. Am Ende kommt die Forschung mir selbst auch zugute. Auch bei Corona profitiert jeder Einzelne von sinkenden Fallzahlen, weil er dadurch Freiheiten zurückerlangt. Abgesehen vom Gesundheitsbereich gibt es Datenmeldekonzepete wie zürwieneu.ch, eine Website, auf welcher Infrastrukturschäden zusammengetragen werden, etwa illegale Abfallentsorgung oder ein kaputter Dolendeckel. Schliesslich kommt auch die Teilnahme an politischen Umfragen dem Gesamtgefüge zugute.

Gibt es ein Recht der Allgemeinheit auf unsere anonymisierten digitalen Daten? Mehr etwa als ein Recht auf unsere Spenderorgane?

Wenn man die Zumutbarkeit als Massstab nimmt, wäre ein Recht auf Daten zumindest sehr viel zumutbarer als ein Recht auf Spenderorgane. Es wäre der kleinere Eingriff in die Persönlichkeitsrechte, viel weniger intim. Das Teilen von Daten verletzt meine körperliche Integrität nicht. Organspende ist hingegen ein sehr persönliches Thema, oftmals spricht die Religiosität dagegen, weil beispielsweise die Totenruhe verletzt wird. Wir geben unsere Daten aus Bequemlichkeit ja ohnehin gerne her, überall dort, wo es unser Leben erleichtert: Für Literaturtipps oder fürs Online-Shopping. Fehlt hingegen der direkte Benefit, tun wir uns schwer. Wir sollten an der öffentlichen Gesundheit beziehungsweise an der Pandemiebekämpfung ein ebenso grosses Interesse haben.

Der Mensch ist vor allem bequem?

Ja, ich glaube, es ist Bequemlichkeit und Ignoranz. Wir befassen uns nicht gerne damit, welche Spuren wir im Netz hinterlassen, wir sind zu faul, um die Einstellungen entsprechend

anzupassen.

Also sehen Sie die Diskussion um Privatsphäre als Vorwand?

Ja, denn die Technologie, die wir in der Schweiz benutzen, ist äusserst datenschutzfreundlich – auf Kosten der epidemiologischen Qualität. Ich glaube, der Mensch möchte vor allem mit dem moralischen Dilemma nicht konfrontiert sein, in dem er steckt, wenn er von der App eine Warnmeldung bekommt. Man muss sich freiwillig in Quarantäne begeben, sich testen lassen, auf Freizeitaktivitäten verzichten. Es fehlt uns an moralischer Reife, um mit dem Problem umgehen zu können. Ausserdem kommt es oftmals zu einer Selbstüberschätzung der eigenen Bedeutung.

Inwiefern?

Viele Menschen glauben, es würde irgendjemanden interessieren, mit wem sie beispielsweise in welchem Club waren. Sie verstehen nicht, dass sie beim digitalen Contact-Tracing als Individuen völlig uninteressant sind. Sie interessieren lediglich als potentielle Träger des Virus. Diese Selbstüberschätzung ist typisch für die Generation Instagram; ihr geht es um die Kontrolle des eigenen Contents. Die Influencer posieren an einem Strand, weil sie glauben, ihre Follower interessieren sich dafür, mit wem sie auf welcher Insel im Urlaub sind. Aber: Contact Tracing ist nicht Instagram! Der Standort muss nicht zum Image passen. Das Individuum wird zum Datenpunkt, die Persönlichkeit ist dabei irrelevant.

Verschiebt sich durch Pandemie-Tracking die gesellschaftliche Norm bezüglich individuellem Tracing?

Das Pandemie-Tracing dürfte ein Bewusstsein dafür wecken, dass Daten auch einen Nutzen fürs Gemeinwohl haben können. Es geht plötzlich um den nicht-kommerziellen Wert von Daten. «Data is the new oil» war gestern. Die Datendiskussion wird politischer, davon zeugen auch die Appelle des Bundes an die Gesellschaft, sich zu beteiligen. Damit könnte die Debatte künftig auch weniger auf die Privatsphäre fokussieren.

Werden wir ans Datenteilen gewöhnt?

Nein, das glaube ich nicht. Es ist eine ausserordentliche Situation, die im besten Fall unsere Sensibilität erhöht für die unterschiedliche Bedeutung, die unterschiedlichen Werte von Daten.

Aber das Bedürfnis nach staatlichem Tracking aus Sicherheitsgründen könnte wachsen – auch nach der Krise?

Auch das glaube ich nicht. Wenn sich jedoch herausstellt, dass Contact Tracing bei der Bekämpfung der Pandemie eine wichtige Rolle gespielt hat, dann wird hoffentlich die Akzeptanz steigen für künftige Massnahmen dieser Art. Das Problem ist nur: Die Effektivität der App wird – aus Datenschutzgründen – gar nicht gemessen; es wird zum Beispiel nicht systematisch analysiert, ob Menschen, die sich bei den Gesundheitsämtern mit Symptomen melden, die App nutzen oder nicht.

Dürften solche Tracing-Apps auch obligatorisch sein?

Ich könnte damit leben, wenn es für alle Bürgerinnen und Bürger vom Staat gleichermassen verordnet wird. Keinesfalls aber darf die SwissCovid-App in Abhängigkeitssituationen zur Bedingung gemacht werden für einen Arbeitsplatz beispielsweise. Obligatorisch müsste bedeuten: für alle gleich.

Haben Solidaritäts-Obligatorien wirklich Platz in der freiheitlichen Gesellschaft?

In einer freiheitlichen Gesellschaft braucht es ein Mindestmass an Kooperation und Solidarität. Versucht man Solidarität zu erzwingen, verliert sie ihren Kern. Solidarität sollte hori-

zontal gelebt werden, zwischen Ihnen und mir. Wenn hingegen der Staat sie aufdoktriniert, kommt es zu einer Vertikalität, eine solche ist indes keine Leistung mehr. Freiheitliche Gesellschaft, Solidarität und Kooperation – das sind Elemente, die zusammenspielen müssen. Staatlicher Zwang wird nur benötigt, wenn dieser Zustand durch andere Mittel nicht mehr erreicht werden kann. Dann sprechen wir aber nicht mehr von Solidarität, sondern von einem Gesetz. Ein Obligatorium bedeutet immer, dass das Vertrauen in die Mitglieder der Gesellschaft nicht mehr da ist.

Beim Impfen oder bei der Organspende sind wir empfindlicher, was Obligationen angeht – viel mehr als bei steuerlicher Solidaritätspflicht. Was ändert sich, wenn es um Gesundheit und den eigenen Körper geht?

Die Unmittelbarkeit eines körperlichen Eingriffs ist stärker und die körperliche Unversehrtheit ein hohes Gut. Wenigstens meinen Körper kann ich kontrollieren – er ist so etwas wie die letzte Bastion.



Dorothea Baur berät als unabhängige Expertin Unternehmen zu Fragen der Ethik, Verantwortung und Nachhaltigkeit. Sie hat sich besonders auf den Finanz- und Technologiesektor spezialisiert. Neben ihrer Beratertätigkeit ist sie Dozentin an Universitäten und Fachhochschulen. Baur hat an der Universität St. Gallen (HSG) Staatswissenschaften studiert und zu Wirtschaftsethik doktoriert.

Die SwissCovid-App

Die im Juni 2020 lancierte SwissCovid-App des Bundes soll die Rückverfolgung der Ansteckungsketten vereinfachen. Mobiltelefone mit installierter App tauschen innerhalb der Reichweite der aktivierten Bluetooth-Funktion anonyme Identifikationscodes aus, die für zwei Wochen auf dem Handy gespeichert und danach automatisch wieder gelöscht werden. Wer einer nachweislich infizierten Person während mindestens 15 Minuten nahe war, wird per Nachricht informiert.

Download und Nutzung der App sind freiwillig. Gesetzliche Grundlagen sollen sicherstellen, dass niemand diskriminiert wird, der die Anwendung herunterlädt oder eben nicht. Der langjährige Zürcher Datenschutzbeauftragte Bruno Baeriswyl hat die Notwendigkeit der Freiwilligkeit angezweifelt. Wenn die App «geeignet und erforderlich» sei, um die Pandemie zu kontrollieren, so sei sie «rechtskonform, und es braucht keine Freiwilligkeit», sagte er im April 2020 der NZZ.

Der Erfolg der App hängt von einer möglichst breiten Anwendung durch die Bevölkerung ab. 1,85 Millionen Mal wurde die SwissCovid-App bis Mitte Juli aus App Store und Google Play Store bezogen. Eine Umfrage von Comparis Anfang Juli 2020 ergab, dass App-Skeptiker vor allem Zweifel am Nutzen der Anwendung sowie Befürchtungen wegen Datenmissbrauch hegen.